

Kommentar zum Artikel „Taxi-Zoff eskaliert“ (rb/MF, 16.12.13)

Es steht im Gesetz zur Personenbeförderung, dass Mietwagen auf der Straße keine Fahrgäste aufnehmen dürfen. Sie müssen auch nach jeder Fahrt zurück zur Zentrale. Gesetze müssen eingehalten werden, aber nach jeder Fahrt zur Zentrale zurückzukehren, ist wirtschaftlicher Selbstmord und schlecht für die Umwelt obendrein: Die Zahl der „leer“ gefahrenen Kilometer steigt erheblich. Aus diesen Gründen hält sich auch kaum jemand daran.

Zudem sind Mietwagenfahrer oft sehr bekannt im Viertel. Der Herr Stuke auf dem Bild zum Artikel dürfte einer der bekanntesten Menschen in Mülheim sein. Wenn man den auf dem Nachhauseweg sieht, ihn heran winkt und sich nach Hause fahren lässt, ist das das normalste von der Welt. Es soll aber ein Verbrechen sein, wenn es nach der Taxi-Innung geht.

Ja, es soll vorkommen, dass Mietwagen die ein oder andere Fahrt „abstauben“. Aber jeder halbwegs vernünftige Mietwagen-Unternehmer ruft für seine Fahrgäste sofort ein Taxi, wenn er mehr Fahrten offen hat, als er selbst bedienen kann. Und Fahrgäste, die auf der Straße stehen und kein Taxi finden, nehmen schon mal den Mietwagen, auch wenn das "nicht erlaubt" ist. Wer die Fahrgäste nicht bedienen kann, soll sich nicht über entgangenen Umsatz beschweren.

Bisher war es so, dass alle was zu meckern hatten, sich aber am Leben ließen. Das Vorgehen der Taxi-Innung, einen eigenen Kontrolldienst zur Überwachung der „Konkurrenz“ auf die Straße zu schicken und diese zu denunzieren, setzt neue Maßstäbe. Ob so ein Vorgehen „gesetzlich“ ist, müssen die Mietwagen-Unternehmer gerichtlich prüfen lassen. Die Stadt als Taxi-Dienstherr hält sich bedeckt.

Das ist nicht gut, denn hier findet ein Verdrängungs-Wettbewerb statt, bei dem die Taxi-Innung mit ihrer größeren Flotte und städtischen Verträgen die stärkere Position hat. Das Mietwagen-Gewerbe kann dagegen auf die gesetzliche Gewerbefreiheit pochen.

Die Mietwagen-Unternehmer sollten im Zuge der Gegenwehr geschlossen Taxi-Konzessionen beantragen. Die Stadt besteht zwar auf einer Deckelung der Konzessionen, aber ob diese Regelung einen Gang durch die gerichtlichen Instanzen überlebt, darf man bezweifeln.

Was die Sache so unangenehm macht: Seit Jahrzehnten sitzen Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger auf den Taxen und verdienen schwarz was nebenher, Schein-Arbeitsverträge und gefälschte Lohnquittungen sind alltäglich, Versicherungs- und Steuer-Tricksereien gehören zur Grundausbildung. Und diese ehrenwerte Branche verfolgt die Kollegen auf offener Straße, weil sie „Gesetze“ verletzen.